



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

P/X/127 - 4. Juni 1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Rechtfertigung der Opposition	S. 1
Berner Sorgen	S. 3
Gerstenmaiers Blitzbesuch in Madrid	S. 4
Das Stärke-Verhältnis der SPD und CDU/CSU seit 1953	S. 5

Anhang:  
Kommuniqué des Parteivorstandes

---

## Messina - eine Bonner Niederlage

sp. In allen einschlägigen Veröffentlichungen des Westens über sowjetische Propaganda-Methoden kann man nachlesen, dass es den totalitären Staaten von heute auf morgen möglich ist, in ihrer Propaganda genau das Gegenteil zu behaupten, was noch an Vortage gültig war, einfach, weil es eine freie öffentliche Meinung nicht gibt. Die Bundesrepublik ist nach Art. 20 des Grundgesetzes ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Trotzdem glauben die Bonner Propagandisten in ihren Methoden mit der Bevölkerung der Bundesrepublik so umgehen zu können, als ob wir in einer vollendeten Diktatur leben würden.

Das sei vorab zu der am Freitag beendeten Aussenminister-Konferenz der Montan-Unionstaaten in Messina gesagt: Es ist geradezu grotesk, festzustellen, dass Bonner Regierungskreise die Ergebnisse dieser Aussenminister-Konferenz unter folgenden Aspekten begrüsst haben:

1. Das starre System der Teilintegration nach dem Muster der Montan-Union sei überwunden und habe neuen Methoden einer Zusammenarbeit auf breiterer Basis Platz gemacht.
2. Die neue Form der Zusammenarbeit ohne starre supranationale Institutionen biete die Möglichkeit zur Zusammenarbeit in Europa über den Rahmen der sechs Länder der Montanunion hinaus.

Fast wäre man geneigt, anzunehmen, dass es sich um eine sozialdemokratische Argumentation gegen das System der supranationalen Autoritäten aus der Zeit 1949/50 handelt. Es stammt jedoch aus Bonner - 2 -

4.6.1955

Regierungskreisen, die völlig vergessen haben, was sie bis zum August 1954 mit letzter Kraft propagierten: allein die supranationale Integration werde Europa schaffen, alles andere sei teuflisches Blendwerk.

Die Sozialdemokratie hingegen kann nach langen Jahren, in denen sie wegen ihrer Haltung zur Montan-Union als antieuropäisch und nationalistisch verschrien worden ist, eine glänzende Rechtfertigung ihrer Politik erleben.

Die Opposition hat immer der funktionalen, umfassenden europäischen Zusammenarbeit den Vorzug vor der supranationalen Abkapselung ergeben. Sie hat immer die Teilintegration für politisch und wirtschaftlich verfehlt gehalten und die Währungsfrage, den Abbau der Zölle und Handelschranken in den Vordergrund geschoben. Ihr wurde jetzt noch einmal in Messina bestätigt - ein gleiches war schon nach der Tagung des Montan-Parlamentes im Mai 1954 in Strassburg zu verzeichnen - dass der Weg zu einem wirklich europäischen gemeinsamen Markt über eine gemeinsame aktive Wirtschafts- und Konjunktur-Politik geht und dass die stufenweise lockere Vereinheitlichung des allgemeinen Wirtschaftssystems weit erfolgversprechender ist als die Schaffung neuer kleiner europäischer Institutionen.

Keinesfalls kann man aber davon sprechen, dass die Konferenz von Messina bereits alle Wege zur europäischen Wirtschaftseinheit geebnet hat. Im Abschluss-Kommuniqué wird, damit die bisherigen Anbeter der supranationalen Integration nicht ganz ihr Gesicht zu verlieren brauchen, von einer Prüfung von Möglichkeiten zu einem weiteren Zusammenschluss auf Teilgebieten, wie des Verkehrs, des Luftverkehrs und der Atomenergie gesprochen. Die mögliche Beauftragung von Jean Monnet mit der Leitung dieser Kommission ist ein weiteres Trostpflasterchen. Trotzdem hat es sich gezeigt, dass das Luxemburger Schema an sich bereits erledigt ist.

Es bleibt zu hoffen, dass die Rückzugegefechte der "Integrierer" nicht noch zu weiterem Zeitverlust für eine wirkliche umfassende europäische Zusammenarbeit führen. Die Bundesregierung jedenfalls hat in Hinblick auf diese neue Etappe nicht die geringste Veranlassung, sich auf das hohe Ross zu setzen. Sie sollte vielmehr still und beschämt den Misserfolg einer fast siebenjährigen Integrationspolitik eingestehen und die neuen Möglichkeiten nicht durch Rückfälle belasten. Wenn sie zudem die Lehre ziehen würde, dass es gut und nützlich ist, auf die Stimme der Opposition zu hören, dann wäre ein weiteres gewonnen. Aber kann man in diesem Punkte noch Hoffnungen haben?

6. Juni 1955

## "Ohne mich" auch in der Schweiz

Von unserem Mitarbeiter aus der Schweiz

Auch die Schweiz hat heute ein "ohne-mich"-Problem. In Teilen der Bevölkerung der französischen Schweiz, die heute entschieden mehr nach Frankreich ausgerichtet ist als etwa die deutsche Schweiz nach Deutschland, hat sich eine ausgesprochene Wehrmüdigkeit breit gemacht, die in der Presse sogar den Namen "Defaitismus" erhalten hat. In der sog. "Initiative Chevallier" kommt diese Stimmung exemplarisch zum Ausdruck: da hat ein unbekannter Staatsschreiber namens Chevallier das Begehren an die Bundesregierung gerichtet, die Militärausgaben um 50 % zu kürzen und das gesparte Geld für den Bau verbilligter Wohnungen und für die Hilfe an kriegsgeschädigte Gebiete zu verwenden. Da die verfassungsmässig vorgeschriebene Zahl von Schweizer Bürgern dieses Begehren mit unterzeichnet hat, muss es dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden.

Die Regierung hat zwar die Möglichkeit, diese Abstimmung hinauszuschieben, aber niemand zweifelt daran, dass die grosse Mehrheit des Schweizer Volkes die "Initiative Chevallier" ablehnen würde. Immerhin ist sie ein Symptom, das den Verantwortlichen in Bern und anderswo viel zu denken gab, umso mehr als diese "ohne-mich"-Leute mit Argumenten operierten, die auch bei solchen Kreisen Anklang zu finden schienen, die an sich nichts von einer Einschränkung der Wehrausgaben wissen wollen. Vor allem wurde mit der Atombombe argumentiert, die im Kriegsfall einen Widerstand ja ohnehin als zwecklos erscheinen lasse, und dieselbe Atombombe musste für den Beweis herhalten, dass es nun ohne einen Krieg mehr geben werde, da ja beide Seiten über Atom- und Wasserstoffbomben verfügten, so dass man folglich erst recht keine hochgerüstete Armee mehr benötige.

Nun sind die Regierung und die grossen Parteien abgesehen von Differenzen über Detailfragen der Militärpolitik - selbstverständlich keineswegs der Meinung, dass die Zeit gekommen sei, die Schweizer Armee einzustampfen, im Gegenteil. Aber diese "ohne-mich"-Bewegung nimmt man doch so ernst, dass man es als notwendig erachtet, die Bevölkerung aufzuklären, bzw. etwas "propagandistisch" zu bearbeiten. Für ein Land wie die Schweiz ist das etwas Aussergewöhnliches, denn man reagiert hier auf jede Art von regierungsantlicher Propaganda ausserordentlich allergisch - auch die Parteien, die an der Regierung beteiligt sind! -

6. Juni 1955

und es gibt nicht nur keine eigentliche Regierungs-Propaganda, sondern selbst das Informationswesen liegt noch sehr im Argen.

Umso grössere Beachtung verdient die Tatsache, dass das Eidgenössische Militärdepartement, wie hier das Wehrministerium genannt wird, beabsichtigt, die Organisation "Heer und Haus" wieder zu aktivieren, die während des Krieges in hervorragender Weise dafür gesorgt hat, dass sowohl bei der Zivilbevölkerung wie auch bei der Truppe ein guter Geist herrschte, der Widerstandswille nicht erlahmte usw. "Heer und Haus" soll nun offenbar dem "ohne-mich"-Defaitismus zu Leibe rücken, aber es versteht sich von selbst, dass dies nicht in Form irgendwelcher Militärpropaganda - mit oder ohne Zapfenstreich - geschieht, sondern durch sachliche politische Aufklärung. Bezeichnend für die Arbeitsweise dieser Organisation ist es, dass auf einem Ausbildungskurs für die "Heer und Haus"-Spezialisten vor allem folgende Probleme behandelt wurden: der Kleinstaat und die psychologische Kriegsführung, Neutralität und Neutralisierung, Stärkung des staatsbürgerlichen Bewusstseins im Volke usw.

\* \* \*

#### Brückenbauer Gerstenmaier?

sp: Für die bundesrepublikanische Öffentlichkeit kam der Blitzbesuch des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier in Madrid völlig überraschend. Als offizieller Einlader zeichnete zwar der Präsident des europäischen Dokumentenzentrums, Otto von Habsburg, aber der hochpolitische Charakter dieser Stippvisite wurde durch die Unterhaltung Gerstenmaiers mit dem spanischen Diktator Franco hervorgehoben. Dieser Besuch fiel zeitlich mit Meldungen aus Washington zusammen, wonach sich die USA verstärkt bemühen, das faschistische Spanien in die NATO einzugliedern.

Gegen diesen Plan bestehen in Grossbritannien und Frankreich wie auch in vielen anderen Mitgliedstaaten starke Bedenken; die Öffentlichkeit dieser Länder würde es einfach nicht verstehen, dass ein Land in die Verteidigungsgemeinschaft der westlichen Welt aufgenommen werden soll, dessen führende Männer so wenig Respekt vor den Werten des demokratischen Westens bekunden. Das faschistische Franco-Regime verweigert den 25 Millionen Spaniern alle bürgerlichen Rechte, es kennt nicht die Koalitionsfreiheit, und es hält noch Zehntausende politische Gefangene in seinen Gefängnissen und Konzentrationslagern fest. Seine Aufnahme in die NATO wäre eine Provokation und würde die moralische Widerstandskraft der freien Welt schwächen; man kann eben den bolschewistischen Teufel mit dem faschistischen Beelzebub, auch wenn dieser das Wohlwollen hoher kirchlicher katholischer Stellen genießt, nicht vertreiben.

Dem spanischen Diktator liegt sehr viel daran, den Anschluss an die westliche Welt zu finden. Hat er in der Bundesrepublik einen Partner für seine Bemühungen gefunden? Wollte Gerstenmaier durch seinen demonstrativen Madrider Besuch die Rolle eines Brückenbauers übernehmen?

\* \* \*

4.6.1955

### Die SPD auf dem Vormarsch

Im "Sozialistischen Informationsdienst" der Sozialistischen Internationale analysierte das Vorstandsmitglied der SPD, Fritz Heine, gestützt auf die Ergebnisse der Landtagswahlen seit dem 6. September 1953, die Entwicklung von CDU/CSU und der SPD seit den Bundestagswahlen. Der Verfasser kommt zu den nachstehenden Schlussfolgerungen:

Die aussenpolitischen Probleme: - die Ratifizierung der Pariser Verträge, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands, - haben die deutsche Politik selbstverständlich in den letzten zwei Jahren auf das stärkste beeinflusst.

Es war daher sowieso unvermeidlich, dass diese Fragen die Menschen bewegt und dass sie bei allen Wahlen eine Rolle spielten. Darüber hinaus aber haben sowohl Bundeskanzler Adenauer wie Oppositionsführer Ollenhauer die Wähler unter direkter Bezugnahme auf die Aussenpolitik aufgefordert, ihr Votum auch über diesen Teil der deutschen Politik abzugeben.

Die Wahlen zu den Landtagen, die seit 1953 durchgeführt wurden, sind zu verschiedenen Zeiten und unter völlig verschiedenen Konstellationen erfolgt. Sie erstrecken sich über den ganzen Zeitraum der zwei Jahre, - die erste war kurz nach der Bundestagswahl, die - vorläufig - letzte war vor einigen Wochen.

In einigen Ländern sind die Wähler vorwiegend katholischen, in anderen vorwiegend protestantischen Glaubens. Einige sind Industrieländer mit beinahe Voll-Beschäftigung, andere sind mehr agrarische Länder mit grosser und struktureller Arbeitslosigkeit. Einige Länder hatten sozialdemokratisch geführte Landesregierungen, andere sind Miniatur-Ausgaben der Bonner Regierungskoalition, die so sehr gegen die SPD gerichtet ist.

Gibt es einen einheitlichen Grundzug der Entwicklung, der trotz der Verschiedenartigkeit der Voraussetzungen zu erkennen ist? Wenn man die Ergebnisse der übrigen sieben Länderwahlen zusammenzieht, soweit die beiden grossen Parteien: CDU/CSU und SPD in Betracht kommen, dann ergibt

folgendes Bild:

	CDU / CSU Landtagswahl	Bundestagswahl
Hamburg	504 084 <sup>x)</sup>	559 979 <sup>x)</sup>
Nordrhein-Westf.	2 855 988	3 915 320
Schleswig-Holstein	384 875	636 622
Bayern	1 845 181 <sup>xx)</sup>	2 426 982
Hessen	603 541	848 825
Niedersachsen	893 917	1 332 316
Rheinland-Pfalz	741 566	925 424
Gesamtstimmen in Zahlen:	<u>7 829 154</u>	<u>10 645 468</u>

x) Hamburg-Block

xx) Jeder Wähler hatte zwei Stimmen. Um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, ist die Gesamtzahl der Stimmen für die betreffende Partei halbiert worden.

	SPD Landtagswahl	Bundestagswahl
Hamburg	455 402	403 098
Nordrhein-Westf.	2 387 718	2 553 014
Schleswig-Holstein	396 073	358 071
Bayern	1 366 524	1 183 895
Hessen	1 065 537	862 439
Niedersachsen	1 182 066	1 136 729
Rheinland-Pfalz	501 748	482 726
Gesamtstimmen in Zahlen:	<u>7 355 068</u>	<u>6 979 972</u>

Die Sprache der Zahlen ist klar: Die CDU/CSU hat in weniger als 2 Jahren in diesen 7 Ländern 2 816 314 Stimmen verloren.

Im gleichen Zeitraum hat die SPD im gleichen Gebiet 375 096 Stimmen gewonnen.

Die CDU/CSU hatte durch die Bundestagswahl in diesen 7 Ländern einen Vorsprung von 3 665 496 Stimmen gegenüber der SPD erzielt. Dieser Vorsprung ist jetzt, nach noch nicht zwei Jahren, auf 474 086 zusammengeschrumpft, das heisst auf weniger als 1 1/2 % der Wahlbeteiligten im gesamten Bundesgebiet. Wenn sich die Verluste der CDU in Hamburg und Berlin eindeutiger ermitteln liessen und wenn man die voraussichtlichen Wahlergebnisse in den beiden noch ausstehenden Bundesländern Bremen und Südweststaat hinzurechnet, dann ist es ziemlich zweifelsfrei, dass

die SPD den Vorsprung der CDU/CSU eingeholt und sie heute vielleicht schon überholt hat!

Diese nicht retouchierbaren feststehenden Fakten besagen aber auch, dass

- 1.) die Aussenpolitik Dr. Adenauers heute von einem ständig kleiner werdenden Teil der Bevölkerung akzeptiert wird,
- 2.) die Aussenpolitik der Sozialdemokratie wachsende Zustimmung findet,
- 3.) heute schon die sozialdemokratische Politik einen gleich grossen Teil der Bevölkerung als die richtigere erscheint, als der Wähleranteil der CDU/CSU.

Die sozialdemokratische Politik der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und der Eingliederung dieses Gesamtdeutschlands in ein System kollektiver Sicherheit, ist auf dem besten Wege, der Politik der einseitigen Militärbündnisse, die Dr. Adenauer propagiert, in den Überlegungen des deutschen Wählers den Rang abzulaufen.

+ + +

#### Bundestreffen der Seligergemeinde

Die im Jahre 1950 in Brandenburg gegründete "Seliger-Gemeinde", benannt nach dem verstorbenen ersten Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei, veranstaltet am 2. und 3. Juli 1955 in Geislingen/Steige (Wttbg.) ein Bundestreffen, dessen Protektorat der 1. Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich O l l e n h a u e r, übernommen hat.

Das Treffen in Geislingen soll vor der deutschen und internationalen Öffentlichkeit Zeugnis für die Tradition der rationalen Verständigungspolitik einer Bewegung ablegen, die schon vor Jahrzehnten einen wesentlichen Beitrag für das friedliche Nebeneinanderleben der in Mittel- und Osteuropa verzahnten Völker geleistet hat.

Neben den aus der Arbeiterbewegung kommenden Sudetendeutschen aus der Bundesrepublik werden erstmals starke Delegationen der im Ausland lebenden Sudetendeutschen aus den USA, Kanada, England, den skandinavischen Ländern und Österreich erwartet. An der während des Treffens stattfindenden "Internationalen Konferenz über das Sudetenproblem" werden auch befreundete ausländische Politiker teilnehmen. Unter ihnen befinden sich der ehemalige englische Minister R.R. Stockes und führende Persönlichkeiten der skandinavischen sozialistischen Parteien.

Neben anderen kulturellen Veranstaltungen erfolgt die Uraufführung eines historischen Films über die Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung. Als Sprecher der Grosskundgebung werden Erich Ollenhauer und Wenzel Jaksch angekündigt.

Die Bedeutung dieser Veranstaltung wird durch die Teilnahme einer Reihe deutscher Länderminister unterstrichen. An ihre Spitze befindet sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner. + + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler

Schwere Belastung der Bundesrepublik  
Kommuniqué des Parteivorstandes

Der Parteivorstand der SPD beschäftigte sich in seiner Sitzung von 3. und 4. Juni u.a. in mehrstündiger Debatte mit der plötzlichen Vorlage des <sup>F</sup>reiwilligengesetzes durch die Bundesregierung. Er kam dabei zu folgender einmütiger Auffassung:

1. Die Art und Weise, wie nunmehr die Regierung Adenauer die Verwirklichung der Pariser Verträge forciert, bedeutet eine ausserordentlich schwere Belastung der Position der Bundesrepublik im Hinblick auf die <sup>in</sup>Aussicht stehenden Viermächte-Verhandlungen über Entspannung und Wiedervereinigung. Die Sozialdemokratische Partei verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf ihren in der letzten aussenpolitischen Debatte des Bundestages gestellten und von der Regierungskoalition abgelehnten Antrag, alle militärischen Massnahmen in Gesetzgebung und Verwaltung auszusetzen, die der Realisierung der Pariser Verträge dienen.

2. Die SPD ist der Auffassung, dass ohne Klarstellung der Gesamtstruktur einer Wehrmacht und ohne die verfassungsmässige Regelung dieser Struktur im Grundgesetz Teilmassnahmen überhaupt nicht getroffen werden können. Ohne die Feststellung einer Reihe von Grundrechten, die sich aus dem Grundgesetz für die Verpflichtung des Soldaten ergeben, können Beschlüsse über den Aufbau einer Wehrmacht überhaupt nicht gefasst werden.

3. Die Sozialdemokratie legt schärfste Verwehrung ein gegen die Methode der Regierung, unter offensichtlichem Bruch aller bisher von ihr gegebenen feierlichen Versprechungen, für eine kommende Wehrgesetzgebung eine breite parlamentarische Basis zu suchen, jetzt mit einem Überrumpelungsversuch von Bundestag und Bundesrat aus rein politisch-taktischen Motiven Tatsachen zu schaffen. Damit ist für eine Entspannung der politischen Situation der denkbar schlechteste Start gegeben.

Die Sozialdemokratie warnt eindringlich vor der Weiterführung der Absicht, unter Ausschaltung des Parlaments auf dem Sektor Wehrmacht Entscheidungen zu treffen, die ernste innen- und aussenpolitische Gefahren heraufbeschwören. Sie wird sich mit aller Kraft gegen die Fortsetzung solcher Versuche wenden.



Der Parteivorstand der SPD beschäftigte sich ferner eingehend mit der politischen Situation an der Saar im Hinblick auf das kommende Referendum und die Landtagswahlen. Beschlüsse zu dieser Frage wurden nicht gefasst. Anschliessend erläuterte das Parteivorstandsmitglied Franz Böglner den Verlauf und das Ergebnis der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz. An diesen Bericht und an die Mitteilungen von Walter Damm über die Gemeindewahlen in Schleswig-Holstein schloss sich eine Aussprache an.

Auch die letzten Vorgänge in Niedersachsen fanden Erörterung. Der Parteivorstand begrüsst die entschlossene Haltung der Professoren und der Studentenschaft der Universität Göttingen gegen den persönlich und sachlich untragbaren niedersächsischen Kultusminister Leonhard Schlüter. Die Aktion, die inzwischen ein weltweites Echo auslöste, findet die volle Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei.

Parteivorstand, Parteiausschuss, Kontroll-Kommission und der Vorstand der Bundestagsfraktion werden am 1. Juli zu einer gemeinsamen Zusammenkunft zusammentreten.

+ + +